



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

50. Sitzung (öffentlich)

3. April 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 18:25 Uhr

Vorsitz: Heike Gebhard (SPD)

Protokoll: Carolin Rosendahl

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | |
|---|-----------|
| Vor Eintritt in die Tagesordnung | 9 |
| 1 Aktueller Sachstand des Programms „Berufseinstiegsbegleitung“
(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1]) | 10 |
| Mündlicher Bericht
der Landesregierung | |
| 2 Beschlüsse des Oberverwaltungsgerichts Münster vom 1. April 2019
zu den nach dem Wohn- und Teilhabegesetz verhängten
„Wiederbelegungssperren“ zur Durchsetzung der Einzelzimmerquote
in Pflegeheimen (Bericht beantragt von der Landesregierung) | 12 |
| Mündlicher Bericht
der Landesregierung | |

- 3 Traumabehandlung bei Flüchtlingen** (*Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 2]*) **18**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/1898
- 4 Diesel-Skandal und gesundheitliche Folgen für die Bürgerinnen und Bürger in NRW** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 3]*) **19**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/1903
- 5 Umsetzung der Pflegeberufereform und der generalisierten Pflegeausbildung in Nordrhein-Westfalen** (*Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 4]*) **20**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/1821
- 6 Praxis der Überprüfungen durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen (MDK)** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 5]*) **24**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/1899
- 7 Ausbau des Wohnangebotes für Menschen mit Behinderungen** (*Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 6]*) **27**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/1900
- 8 Gesetz zur Änderung des Wohn- und Teilhabegesetzes** **30**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3777

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/5646

Ausschussprotokoll 17/488

In Verbindung mit:

Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Wohn- und Teilhabegesetz-Durchführungsverordnung (*Tischvorlage 1: Beschlussvorschlag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 7]; Tischvorlage 2: Beschlussvorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 8]*)

Drucksache 17/3852
Vorlage 17/1196

– Abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss empfiehlt gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD, den Änderungsantrag – Drucksache 17/5646 – abzulehnen.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion der AfD, den Gesetzentwurf – Drucksache 17/3777 – anzunehmen.

Der Ausschuss empfiehlt gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD, den Beschlussvorschlag – Tischvorlage 1 (s. Anlage 7) – abzulehnen.

Der Ausschuss empfiehlt gegen die Stimmen der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD bei Enthaltung der Fraktion der SPD, den Beschlussvorschlag – Tischvorlage 2 (s. Anlage 8) abzulehnen.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion der AfD, das Einvernehmen über den Verordnungsentwurf – Vorlage 17/1196 – herzustellen.

- 9 Gesetz zur Änderung des Behindertengleichstellungsgesetzes Nordrhein-Westfalen** 36
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/4781
- Abschließende Beratung und Abstimmung
- Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und AfD bei Enthaltung der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Gesetzentwurf anzunehmen.
- 10 Anonyme Spurensicherung standardisieren und auch für männliche Gewaltopfer anbieten** 37
- Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/3575
- Ausschussprotokoll 17/528
- Abschließende Beratung und Abstimmung
- Der Ausschuss beschließt, den Antrag ohne Votum passieren zu lassen.
- 11 Debatte um Feinstaub und Luftreinheit versachlichen, Ideologie ausblenden, unabhängige und wissenschaftlich fundierte Untersuchungen schnellstmöglich auf den Weg bringen** 38
- Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/5073
- Abschließende Beratung und Abstimmung
- Der Ausschuss lehnt den Antrag gegen die Stimmen der Fraktion der AfD mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.
- 12 Entwurf einer Dritten Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten und Verfahren auf dem Gebiet des Krankenhauswesens** 40

Vorlage 17/1891
Drucksache 17/5602

– Aussprache

Die Vorsitzende stellt fest, dass der Ausschuss zum Verordnungsentwurf in Vorlage 17/1891 gehört wurde.

13 Pflege für die Zukunft gestalten – Selbstbestimmung sichern – Pflege vor Ort stärken! 41

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/3028

Ausschussprotokoll 17/540

– Auswertung der Anhörung

14 Wohnungslosigkeit entgegen wirken – Hilfeangebot ausbauen – Ursachen beseitigen 46

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/3031

Ausschussprotokoll 17/521

– Auswertung der Anhörung

15 Sechstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch für das Land Nordrhein-Westfalen 48

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/5344

– Verfahrensabsprache

Der Ausschuss kommt überein, sich die Rückmeldung der Verbände durch das Ministerium zuleiten zu lassen und im Anschluss – möglichst in der nächsten Sitzung – abschließend zu beraten und abzustimmen.

16 Subventionen gezuckerter Milchprodukte stoppen – Das Schulmilchprogramm muss neu konzipiert werden und die Gesundheit unserer Kinder in den Fokus rücken **50**

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/5360

– Verfahrensabsprache

Die antragstellende Fraktion beantragt eine Anhörung. Weitere Absprachen zum Verfahren sollen im Rahmen der Obleuterunde erfolgen.

17 Wohnungslosigkeit von Frauen entgegen wirken – Hilfeangebote flächendeckend ausbauen – Ursachen beseitigen **51**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/5384

– Verfahrensabsprache

Die antragstellende Fraktion beantragt eine Anhörung. Weitere Absprachen zum Verfahren sollen im Rahmen der Obleuterunde erfolgen.

18 Genitalverstümmelung – wirksame Hilfe für die Opfer **52**

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/5071

– Verfahrensabsprache

Der Ausschuss beschließt gegen die Stimmen der Fraktion der AfD mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen, sich nachrichtlich an der vom federführenden Ausschuss für den 05.07.2019 anberaumten Anhörung zu beteiligen.

19 Jeder Fall ist ein Fall zu viel – alle Kräfte mobilisieren für den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Missbrauch **53**

Antrag
der Fraktion der CDU
der Fraktion der SPD
der Fraktion der FDP
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/5066 (Neudruck)

– Verfahrensabsprache

Der Ausschuss kommt überein, sich pflichtig an der vom federführenden Ausschuss für den 24.06.2019 anberaumten Anhörung zu beteiligen.

20 Verschiedenes

54

* * *

15 Sechstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/5344

– Verfahrensabsprache

Das Plenum hat den Gesetzentwurf am 20.03.2019 nach der ersten Lesung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales überwiesen.

Es gehe im Wesentlichen um die Verlängerung der Kostenübernahme für Unterkünfte von Schutzberechtigten um ein Jahr, also um eine bedarfsorientierte Weiterleitung der Entlastung, weshalb der Gesetzentwurf einfach zur Kenntnis zu nehmen sei, meint **Serdar Yüksel (SPD)**.

Zwar stimme man letztendlich in wesentlichen Punkten wohl überein, doch habe Minister Dr. Joachim Stamp (MKFFI) sich kürzlich während einer Plenarsitzung über den Verteilungsschlüssel und andere Themen geäußert, erinnert **Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)**. Er halte die Einschätzung der kommunalen Spitzenverbände und gegebenenfalls des Flüchtlingsrats unter anderem zum Verteilungsschlüssel für relevant und schlage daher einen Austausch im kleinen Kreis vor.

Stefan Lenzen (FDP) schlägt eine schriftliche Anhörung vor, woraufhin **Vorsitzende Heike Gebhard** eine Zusammenfassung über die bisherige Einbindung der Verbände durch das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales erbittet.

RB'e Christel Bayer (MAGS) antwortet, dass auf eine offizielle Anhörung verzichtet worden sei, man sich aber trotzdem mit den kommunalen Spitzenverbänden in Verbindung gesetzt und keine Einwände gegen diese reine Fortschreibung der Regelungen erhalten habe.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) erklärt sich mit dem Vorschlag von Stefan Lenzen (FDP) einverstanden.

Vorsitzende Heike Gebhard erklärt, man werde wie schon einmal verfahren. Lägen die dem Ministerium vorliegenden Stellungnahmen, insbesondere der kommunalen Spitzenverbände vor der nächsten Ausschusssitzung vor, könne man in der nächsten Sitzung abschließend beraten und abstimmen.

Der Ausschuss kommt überein, sich die Rückmeldung der Verbände durch das Ministerium zuleiten zu lassen und im Anschluss – möglichst in der nächsten Sitzung – abschließend zu beraten und abzustimmen.